

Hallesche Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mitteldeutschland

erschint wochentlich am Sonntag, am Sonntag als Beiblatt. Die Bezugs-Gebühr beträgt in Stadt und Land jeweils über die Post bei jeder Zeitung monatlich 20.00, in den Ausgabestellen abgeholt 15.00 monatlich. Die abgabestellen Postgebühren-Zeile kostet im Ortsbezirk 2.00, im ausserörtlichen Bezirke 2.50. Retikolen der Post-Zeile 11.00 im Ortsbezirk und 12.50 im ausserörtlichen Bezirke. Anzeigen-Zeile: je 100 Zeichen 1.00.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Dramasche 14 und Große Bauhausstrasse 17. Fernsprechs-Verzeichnisse: Sammler-Nummern 1140 und 1142. Geschäfts-Verzeichnisse: 'Gemeinschaftliche Verzeichnisse'. Druck-Verfahren: 'Gemeinschaftliche Verzeichnisse'. Druck-Verfahren: Halle a. S., Postfach-Nummer: Leipzig 22315. Verlags- und Druck-Verfahren: Halle a. S., Postfach-Nummer: Leipzig 22315. Verlags- und Druck-Verfahren: Halle a. S., Postfach-Nummer: Leipzig 22315.

Rathenau gegen die Ententegewaltspolitik

Lloyd George über die Sanktionsgefahr / Scharfe Kritik an der Zwangsanleihe Minister Fehr gegen die Vorschläge des Landbundes.

Keine Sanktionen.

Eine Erklärung Lloyd Georges.

Paris, 22. Juni. Lloyd George erklärte dem Vertreter des „Intantigent“, daß England in der Reparationsfrage den Standpunkt vertrete, daß keine militärischen Sanktionen verhängt werden sollen, selbst für den Fall, daß Deutschland die eine oder andere seiner Verpflichtungen nicht erfülle. Man ist in England im Glauben, daß solche Verhängnisse nicht a b s i c h t l i c h erfolgen. Bezüglich der wirtschaftlichen Zwangsangelegenheiten siehe England auf dem Standpunkt, daß man praktische Maßnahmen nur dann ergreifen solle, wenn sie etwas einbringen. Das ist bisher nicht der Fall gewesen. Sanktionen, welche die Souveränität Deutschlands berühren, müßten ausgeschlossen werden, weil der Haß in Deutschland nur weiter wachsen und man in Amerika und bei den Neutralen sonst den Eindruck bekommen würde, daß die Gewalt mißbraucht werde. Falls Sanktionen ergriffen werden müßten, die den deutschen Handel behinderten, so würden ganz bestimmt die Neutralen und Amerika protestieren.

Maßlose Forderungen des Garantiefomitees?

Berlin, 22. Juni. Das Garantiefomitee soll beschließen, rasche Änderungen im deutschen Staatshaushalt zu verlangen, unter anderem den Fortfall der Unterküfungen für literarische und künstlerische Institute und Unterlassung des geplanten Eisenbahnbaus.

Bei den Verhandlungen mit dem Garantiefomitee, die gestern nachmittag begannen, wurden vier Auswüffe gebildet, und zwar einer für Einnahmen und Ausgaben, einer für die Frage der Kapitalzufuhr, ein dritter für das Problem der schwelenden Schuld und ein vierter für Statistik. Der Reichstanzler hatte gestern mit dem Reichspräsidenten eine Besprechung. Es wurden dabei allgemeine Fragen finanzieller Natur und auch etwaige gegen die weitere Verschlechterung des Marktufes zu ergreifende Maßnahmen besprochen. Der geistigen Besprechung sollen in den nächsten Tagen weitere folgen.

Das Reichskabinettt zur Beamtenaufbesserung.

Das Reichskabinettt billigte gestern nachmittag in einer Sitzung die neue Beamtenbeförderungsvorlage, die eine vierzigprozentige Erhöhung der verhältnismäßigen Teuerungszuschläge vorzieht. Ferner wurde laut „R. Z.“ für die Beamten der Reichsministerien eine besondere Ministerialzulage bewilligt. Auf diese Weise will man die besten Beamten in die Ministerien ziehen und den Anbruch zu den Ministerialstellen verzögern. Die Ministerialzulage soll bei den Amtsgehältern jährlich 3000 Mark und bei den obersten Stufen von den Ministerialräten an 12000 Mark betragen. Weiter ist die Kinderzulage der Beamten um vierzig Prozent erhöht worden. In der gleichen Sitzung wurde auch die Frage der Reichspräsidentenwahl angesprochen. Der Reichstanzler erklärte, daß er mit den Führern der Koalitionsparteien voraussichtlich in den nächsten Tagen, auf jeden Fall aber noch vor Eintritt der Parlamentsferien über die Frage in Fühlung treten werde.

Der Streit um die Getreideumlage.

Minister Fehr gegen die Vorschläge des Landbundes.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages begannen am 21. Juni die Beratungen über die Getreideumlage. Der Sozialdemokrat Käppler machte die Zustimmung seiner Fraktion zu gewissen Mindestbestimmungen abhängig. Der Delegierte Dr. Köfide und der Volkspartei Hepp verwurden die Vorlage.

Der Demokrat Böhme führte aus, daß vor allem die kleinen Betriebe, die bis jetzt die Hauptlasten getragen hätten, entlastet werden müßten. Die bis jetzt nicht belasteten Maßnahmen müßten einbezogen werden. Er glaube nicht, daß die Umlage die Preisbildung wesentlich beeinflussen werde, da die Preise sich nach den Weltmarktpreisen richten. Die Preisfestsetzung des Reichstages sei nicht genügend entgegenkommen. Die Beseitigung müsse unmittelbar vor dem Wirtschaftsjahr festgelegt werden, in welchem die Umlage liege. Seine Partei behalte sich ihre Stellungnahme vor, ihre Zustimmung hänge davon ab, wie weit man ihren Wünschen entgegenkomme. Der Unabhängige Herz er-

klärte, daß seine Partei an der Umlage festhalte; ohne sich endgültig festzulegen, erklärte er sich mit den Ausführungen Dr. Köfides einverstanden. Das Auftreten der Rechtsparlei bedeutete die Vereinigung jedes Staatsgebändens.

Der Reichsernährungsminister Fehr erklärte, daß die Vorlage nicht aus der Freude zur Zwangswirtschaft, sondern aus bitterer Not entstanden sei. Die freie Wirtschaft, deren Freund er sei, könne jeht, wenn man Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten wolle, nicht durchgeführt werden. Deshalb sei es falsch, alle diejenigen als Feinde der Landwirtschaft zu bezeichnen, die die Umlage fordern. Im vorigen Jahre habe die Regierung im Gegensatz zu den Wünschen der Verbraucher den Erzeugern großes Entgegenkommen bewiesen. Jetzt zwingt die Wirtschaftslage die Regierung noch, eine bestimmte Reserve zu schaffen, die zur Versorgung der bedürftigen Kreise unbedingt erforderlich sei. Das Reich müsse die Einfuhr in der Hand behalten, da der Handel infolge des großen Risikos die ausreichende Getreidezufuhr nicht beschaffen könne. Zur Verbilligung des Auslandgetreides müsse man gewisse Mengen Inlandgetreide haben. Sätte man keine Umlage, so würde das Getreide schnell auf den Auslandspreis steigen. Die Freigabe des Getreides führe zur Zurückhaltung und schaffe einen harten Anreiz zu Preissteigerungen. Der Vorschlag der Landwirtschaft müsse abgelehnt werden, da auch er die Preise steigen lassen würde. Die Regierung sei für eine Entlastung des kleinen Befüßten, diese könne aber bei der Beschäftigtenfrage der Verhältnisse nicht bestimmt im Gelehe festgelegt werden. Darauf wurde die Weiterberatung auf den 22. Juni vertagt.

Zur Maßregelung der Streikführer.

Die Besprechung beim Kanzler.

Vor einigen Tagen hat, wie berichtet, zwischen dem Reichstanzler und einer Anzahl von Gewerkschaftsführern eine Aussprache über die Maßregelung der am Februarstreik beteiligten gewerkschaftlichen Beamten stattgefunden, die in ihrem Verlauf ergeben hat, daß die Behauptungen, der Reichstanzler habe den Beamten gegenüber sein ehrenwörtliches gegebenes Versprechen, keine Maßregelungen vorzunehmen, keineswegs den Tatsachen entspreche.

Zu Beginn der Besprechungen gab der Reichstanzler eine Erklärung ab, daß er das von der Reichsgewerkschaft in einer dem Reichstag überbrachten Denkschrift festgelegte Protokoll über die Beamtenmaßregelungen nicht als richtig anerkennen könne. Das Protokoll enthalte Sätze, die er niemals ausgesprochen habe. Auf keinen Fall habe er jemals das Gehörwort gegeben, Maßregelungen zu verbieten.

Aufführer von der Wfa legte dann dem Reichstanzler eine Reihe von Forderungen vor, u. a. folgende: Die Eisenbahnverwaltungen soll answählen, daß die von ihnen bei den Disziplinerverhandlungen zu stellenden Staatsanwälte das Ersehen an die Disziplinarkammern richten, den Tatbestand, der nach den Richtlinien nicht in förmlichen Disziplinerverhandlungen verfolgt werden soll, unbeachtet zu lassen. Ferner sollen Disziplinär- und strafrechtliche Verfahren, die noch nicht zur Eröffnung des Hauptverfahrens geführt haben, niedergelegt werden. Weiterhin möge der Reichstanzler dafür eintreten, daß der Reichspräsident von seinem Ernährungsrecht weitgehenden Gebrauch mache.

Der Reichstanzler erwiderte hierauf, er werde bestrebt sein, dem Geiste, in dem die Verhandlungen geführt wurden, zum Durchbruch zu verhelfen. Generalsekretär Döbling von der Reichsgewerkschaft gab im weiteren Verlaufe der Besprechungen zu, daß bei der fraglichen Unterredung der Reichstanzler nicht sein Ehrenwort gegeben habe, sondern die „förmliche Versicherung“, daß nur wenige Beamte auf der Strecke bleiben sollten. Auch diese Behauptung zog er nachher zurück und gab zu, daß ein Verstumlerlaufen wäre. Zum Schluß der Aussprache erklärte der Reichstanzler, daß er mit dem Justiz- und Verkehrsminister die Frage der Maßregelungen noch einmal durchsprechen wolle.

Der Disziplinarkhof bestand nach der Erhöhung durch das Gesetz vom 19. Juni 1921 aus 18 Mitgliedern. Mit Rücksicht auf die ständig wachsende Arbeitslast soll die Zahl nach einem dem Reichstag zugegangenen Gelehe auf 30 erhöht werden, von den wenigstens 10 zu den Mitgliedern des Reichsrats, der Präsident und wenigstens 14 zu den Mitgliedern des Reichsgerichts gehören müssen. Die Zahl der frei zu besetzenden Stellen steigt daher von 3 auf 5.

Heutiger Stand des Dollars 325.

Die Zwangsanleihe.

Erste Verwarnung an die Regierung. — Die Demokraten gegen die Tarifierhöhung.

Noch ist die Getreideumlage vom Reichstage nicht erledigt, so jeht ein anderer Kampf um eine wichtige wirtschaftliche Frage ein. Der erste Ausschuss des Reichstages hatte sich gestern mit der Zwangsanleihe zu beschäftigen. Der Abg. Dr. D e r n b u r g erklärte, daß seine Fraktion trotz der Veränderungen in der politischen Lage am Kompromiß festhalte. Die von der Regierung verlangten Zugaben müßten erfüllt werden, so namentlich der demokratische Antrag zur Erhöhung der Eisenbahntarife zuzustimmen. Die Erhöhung der Eisenbahntarife zuzustimmen das Reich in wirtschaftlicher Beziehung. Die Maßbefugnisse des Verkehrsministers ließen ihn zum Dictator auf wirtschaftlichem Gebiete werden. Die Zwangsanleihe bedeute eine außerordentliche Beschränkung der Umlaufmöglichkeiten. Deshalb müsse das Gelehe zu ausgelastet werden, daß es nicht allzu viel schade; denn der Schaden des Steuerzahlers würde hier selbst gleichbedeutend mit Staatsschädigung sein. Im Interesse fünfziger Anleihen dürfe das Gelehe ins In- und Auslande nicht leichtfertig anzuheben. Auch die Arbeiterfraktion habe ein Interesse an der Erhaltung des Betriebskapitals. Wenn man die Lombardfähigkeit nicht in Aussicht nehme, werde die Anleihe finanziell gedrückt. Eine große Geldknappheit mit hohen Zinsen sei die Folge. Diesen eindringlichen Darlegungen gegenüber vermochte die Kritik der beiden Unabhängigen Hartleb und Soltau, die sich in den üblichen Schlagworten gegen den Kapitalismus ergingen, nichts auszurufen. Namens des Zentrums gab der Abgeordnete Herold die Erklärung ab, daß das Zentrum im Rahmen des Kompromisses mitarbeiten wolle. Der Delegierte Dr. Köfide glaubte, daß die Vermögensschädigung, die die Regierung vor genommen hat, zu niedrig sei.

In längerer Rede ludte der Reichsfinanzminister Dr. Herz es nachzuweisen, daß die an sich berechtigten Anpassung der Erbschafts- und der Einkommensteuer an die Geldentwertung jetzt nicht vorgenommen werde. Er begründete namentlich die Verringerung der Erbschaftsteuer mit technischen Schwierigkeiten, und er meinte, daß gegen eine sofortige Verringerung der Einkommensteuer auch außerpolitische Gesichtspunkte sprächen. Die Zwangsanleihe halte sich hinsichtlich des ausübigen Betruges und der Verzinsbarkeit an das Steuerkompromiß. Der Reichsfinanzminister gab schließlich noch die Erklärung ab, daß das Kabinettt die Verteilung eines dem Reichsfinanzminister beizugegebenden Parlamentarischen Kommissionsberichts genehmigt gutgeheißen habe. Er wolle die endgültige Stellungnahme von weiteren Ausschussverhandlungen vorbehalten wissen.

Die Antwort des Reichsfinanzministers ließ manche Lücke offen, und sie konnte nicht tadellos befriedigen. Darum rüdte der demokratische Abg. Fischer (Köln) noch einmal die Gesichtspunkte in den Vordergrund, um die es hier geht. Er betonte mit Nachdruck, daß seine Fraktion sich nicht beruhigen könne, wenn Minister eine Erklärung bekommen zu haben, daß er nun endlich einen Spartenminister gefunden habe und dieser mit der Post und der Eisenbahn in Fühlung treten wolle. Es sei im Steueranspruch ein Ausbruch mit der Aufgabe, Staatseinkommen in Verwaltung und Betrieb durchzuführen, gebildet worden. Bis jeht habe die Regierung diesen Ausbruch noch nicht einmal einberufen! Die Regierung möge die Erklärung nicht leicht nehmen, daß die Demokratische Fraktion die einfache Methode des Reichsverkehrsministeriums, die Tarife, namentlich für Güter, zu erhöhen, nicht mehr dulden könne. Diese Verkehrsprospoliti führe zur Katastrophe. Die Regierung habe weiter die von ihr behauptete außerpolitische Situation selber herbeigeführt, indem sie ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, die Steuerlage zu verändern. Die notwendigen Verhandlungen können sich viel einfacher gestalten, wenn die Regierung in Erfüllung des der Reparationskommission bestimmten Steuerkompromisses, die Steuervorlage über die Verringerung der Einkommen- und Erbschaftsteuer selbst entsprechend der Geldentwertung — mehr sei ja nicht gemöht — mit dem Zwangsangelehe eingetracht hätte. Bezüglich der Gestaltung der Zwangsanleihe gehe es nicht an, wenn der Minister jeht erklärt, der Ausbruch könne auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse durch Anträge Rücksicht nehmen. Die Vornahme solcher offenkundigen Forderungen der Wirtschaftswirtschaft. Wenn man so verfähre, würden sich die Verhandlungen freier vom Parteistand abspielen. Forderung müsse jeht Fraktion, daß Richtlinien über die Einschränkung der Vermögen auf Grund des Vermögenssteuergelehes vor Beschäftigung des Zwangsangelehes festsetzen müssen.

Nach dieser stark beachteten Rede haute die Debatte sich ab. Der Reichsfinanzminister nahm einmal den Standpunkt seiner Partei. Dann sprach noch einmal Herr Helfferich und schließlich nahm der Abg. Dr. Köfide das Wort. Der letztere erklärte, daß neben der Zwangsanleihe noch eine freie Anleihe gegeben würde. Reichsfinanzminister Hermes entgegnete, daß dies mit dem Kompromiß nicht zu vereinbaren sei. Damit war die Generaldebatte beendet, und heute will man in die Spezialberatung eintreten.

Rheinland und Saar.

Rathenau gegen die Vertragsbrüche.

Berlin, 21. Juni.

Bei sehr schwach besetztem Saale eröffnet Präsident Eberle die Sitzung um 2 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzes über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Marienbader Brief.

Die deutsch-böhmischen Väter sind in diesem Jahre für den Reichstagesbeschluss als ein Problem geworden, ein Salutproblem, das nur von sehr Begünstigten gelöst werden kann. Man hat sich zwar bemüht, Angehörigen der gebildeten Länder gewisse Erleichterungen und Preisermäßigungen zu gewähren, trotz allem wird es einem immer bange, wenn man die tschechische Krone in Wien oder gar in österreichische Kronen umrednet.

Im übrigen erhebt sich jetzt ein Lazarusheil neben dem anderen, und rüchert, im Weigenrind verstreut, flettern die beherrschenden Willen bis in die bewaldeten Hügelkämme hinaus. Von den Aussichtspunkten grünen anpruchslos Kaffeeburgen und Teehäuser mit Zinnen und Festungsmauern. Ausruhungszeichen einer Gesandtschaftsverirrung, aus dem Felde geschlagen durch die Natur selbst, die wie eine glühende Mutter die Strungen ihrer Kinder mit ihrem milden Reich verhilft. Nichtsdestoweniger kann man sagen, daß Marienbad noch immer eines der wenigen Bäder ist, wo der Gesamteindruck durch die vorhandenen Heberziehungen nicht leidet. Dazu hat es ein Leitmotiv der waldbuntenen Landschaft, die glückselig selbsterleuchtend und von der Wirklichkeit in die Pauschlichkeit übertragen.

Doch bei der ansteigenden internationalen Kurzwelle jeder Sport und jede Modeclaque auch hier ihr Echo finden, ist selbstverständlich. War aber ein buntes Publikum aus aller Herren Länder um die sozialen Höhepunkte, König Eduard VII. und andere Größen der Throne und des Skapitales, gefahrt, so barg die ganze Kur so viel Gesundes, daß alldie starke Auswüchse ausgelastet werden konnten. 1914 trat dann der Umfegung ein, da die Ausländer ausblieben und die Heimat wieder für die eigenen Bewohner und vor allem auch für die reichsdeutschen Nachbarn zu ihren Rechten kam. Diese lächerlichen Zeiten in den Marienbader Annalen wurden in würdiger Weise überbrückt, und es ist noch in gutem Andenken, wie viel Bemerkenswertes die Kurverwaltung besonders in der Pflege der Kriegesbedingten geleistet hat. Wenn jetzt nach hiesigen Jahren der bunte Fremdenstrom den Weg ins Egerland wieder künftighin, und eine Partie Marienbad neuerdings als Schauplatz lauter und manchmal wüster Vergnügen und Feste erweist, so darf man doch einen eventuell aufsteigenden Nihilismus unterdrücken, da

des von deutscher Bevölkerung bewohnten deutschen Saargebietes. Die Bevölkerung hat nicht das Recht der Mitbestimmung an seinem Schicksal, sie wird regiert wie im Zeitalter des aufgeregten Absolutismus. Wenn der Völkerrund um die Ausübung eines solchen Regimes befragt ist, so ist es eine Erwählung der Preis des Völkerbundes, (Lebhaftes Zustimmung.)

Die Art, wie die Regierungskommission die Franzosenwahrung im Saargebiet eingeführt hat, ist verfassungswidrig und schädigt die Industrie des Saargebietes außerordentlich. Sie verwarf das Land nicht, wie es ihre Pflicht als Grenzländer sei, sondern bezeugt vertragswidrig den französischen Staat. Es ist eine unbetreffbare Vertragsverletzung, daß sich im Saargebiet noch immer französische Truppen befinden und eine französische Gendarmerie, welche unter anderm die Aufgabe hat, über politisch herortretende Persönlichkeiten Wachen zu führen und die Beamtenhaft unaufrichtig zu überwachen.

Es ist unverständlich, daß die deutsche Bevölkerung des Saargebietes außerordentlich durch Frankreich vertrieben wird. Die Zustimmung, kam auch die Vertreibung der in Deutschland wohnenden Einwohner aus dem Saargebiet zu überfragen, haben wir natürlich abgelehnt. Wenn die Regierungskommission einen besonderen Begriff „Saarländer“ schafft und das Saargebiet Deutschland gegenüber zum Ausland machen will, verfehlt sie gegen den Friedensvertrag. Eine weitere Vertragsverletzung ist die Französisierung des Schulwesens. Andere wiederholte Beschwerden haben nicht die gebührende Beachtung gefunden. Dennoch wird die Regierung ihre Verträge in dieser Richtung nicht aufgeben. Das Verhältnis der Regierungskommission zur Bevölkerung ist dasjenige, das zwischen uns und Fremden herrscht, insofern die Bevölkerung kein Vertrauen zu dieser Fremdenverwaltung hat. Dem Volk steht diese Kommission fern, als wenn sie in einem fremden Erbtel regierte. So unglücklich die Verhältnisse des Saargebietes sind, die Leute, mit der die Saarbevölkerung an ihrem Deutschtum festhält, kann kein gemes deutsches Volk als Vorbild und Muster dienen.

Reichstagsminister Dr. Bernes schildert zur letzten Interpellation der Unabhängigen das Ergebnis der Bariser Reparationsverhandlungen und spricht die Hoffnung aus, daß die vertagten Anleiherverhandlungen bald wieder aufgenommen werden. Von einem Abzug der sozialen Faktoren, der Erwerbslosenfrage über das Jubiläumstage sei mit keinem Wort gesprochen worden. Ueber Maßnahmen, die bei einem Zuständekommen zu treffen sind, habe die Regierung noch keinen Bescheid gefaßt.

Die Beantwortung der Interpellation wird auf morgen nachmittags 2 Uhr verlag.

Landtag.

Berlin, 21. Juni.

Die Beantwortung der Interpellation wird auf morgen nachmittags 2 Uhr verlag.

Die Beantwortung der Interpellation wird auf morgen nachmittags 2 Uhr verlag.

Die Beantwortung der Interpellation wird auf morgen nachmittags 2 Uhr verlag.

Die Beantwortung der Interpellation wird auf morgen nachmittags 2 Uhr verlag.

Die Beantwortung der Interpellation wird auf morgen nachmittags 2 Uhr verlag.

Die Beantwortung der Interpellation wird auf morgen nachmittags 2 Uhr verlag.

Die Beantwortung der Interpellation wird auf morgen nachmittags 2 Uhr verlag.

Die Beantwortung der Interpellation wird auf morgen nachmittags 2 Uhr verlag.

Die Beantwortung der Interpellation wird auf morgen nachmittags 2 Uhr verlag.

Die Beantwortung der Interpellation wird auf morgen nachmittags 2 Uhr verlag.

Die Beantwortung der Interpellation wird auf morgen nachmittags 2 Uhr verlag.

Die Beantwortung der Interpellation wird auf morgen nachmittags 2 Uhr verlag.

Die Beantwortung der Interpellation wird auf morgen nachmittags 2 Uhr verlag.

weilen die Selbstregierung über das Gesamtgebiet zu haben. Wenn Abg. Schlangel meint, er der Ministerpräsident, so stellt auf das Niveau der Demagogie gestellt, so bewege das ganze Vertrauen des Abgeordneten hier, daß er auf diesem Niveau stehe. Ueber die pommerischen Landräte könne er nichts sagen, bevor der Reichstag nicht entschieden habe. Der Reichstag, er habe es abgelehnt, für Reichstagspräsident zu werden. Dem Reichstag, er habe es abgelehnt, für Reichstagspräsident zu werden. Dem Reichstag, er habe es abgelehnt, für Reichstagspräsident zu werden.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.

Der Reichstag hat die Interpellation der Abgeordneten Dr. Reichert (Dn.) befragt. Er befragt die Regierung über die Verhandlungen des Reichstages über die Anwendung des Gesetzes über den Handel mit Waren in der Zollverwaltung.